

Der Westen hat in Libyen ein Desaster angerichtet und das verwüstete Land marodierenden Rebellenmilizen überlassen – beklagt die britische Zeitung The Guardian.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 062/14 – 02.04.14**

**Libyen wurde zum Desaster, und wir haben es mitverschuldet
Der Westen muss die Verantwortung dafür übernehmen
Wer hätte Oberst Gaddafis Sturz verhindern können? Aber was seither
geschah, ist eine Schande für die westlichen Interventionisten.**

Von Owen Jones
The Guardian, 24.03.14

(<http://www.theguardian.com/commentisfree/2014/mar/24/libya-disaster-shames-western-interventionists>)

In Porzellanläden gilt die Regel: "Wer etwas zerbricht, muss auch für den Schaden aufkommen!" Sie sollte aber nicht nur für Schüsseln und Tassen, sondern auch für Staaten gelten. Bei der Vorbereitung der katastrophalen Invasion des Iraks hat der damalige US-Außenminister Colin Powell das wohl auch gedacht, als er zu George W. Bush sagte: "Sie sind dabei, der stolze Herrscher über 25 Millionen Menschen zu werden, sind dann aber auch zuständig für alle Hoffnungen, Sehnsüchte und Probleme dieser Menschen."

Bei Militärinterventionen werden meistens ganze Staaten verwüstet; die westlichen Regierungen (die in den letzten Jahren an solchen Interventionen beteiligt waren,) haben sich wie Kunden verhalten, die sich pfeifend (von den Scherben) entfernen und hoffen, dass niemand den angerichteten Schaden bemerkt hat. Und unsere Medien haben wie Komplizen mitgeholfen, dass sich die Invasoren ungestraft davonstehlen konnten.

Libyen ist ein typisches Beispiel (für dieses Verhalten). Die im Jahr 2011 vom UN-Sicherheitsrat autorisierte Errichtung einer Flugverbotszone wird häufig als leuchtendes Beispiel für eine erfolgreiche Militärintervention dargestellt. Obwohl das UN-Mandat nur erteilt wurde, um Zivilisten (vor möglichen Angriffen der libyschen Luftwaffe) zu schützen, haben es die intervenierenden Staaten, die Muammar Gaddafi noch kurz vorher mit Waffen beliefert hatten, von Anfang an und trotz der Proteste Russlands zu einem Bombenkrieg ausgeweitet, mit dem Ziel, einen Regimewechsel herbeizuführen. Wer hätte damals gegen die Entmachtung eines "mordgierigen Schurken" protestieren wollen?

Das heutige Libyen wird von Milizen überflutet und leidet unter einer sich ständig verschlechternden Menschenrechtssituation; das wachsende Chaos droht auch andere Länder zu infizieren, und aus einer fortschreitenden inneren Spaltung könnte sich sogar ein Bürgerkrieg entwickeln. Nur noch gelegentlich schafft es die ausufernde Krise in die Schlagzeilen: wenn ein Öltanker von einer Rebellen-Miliz gekapert, ein britischer Ölarbeiter während eines Picknicks erschossen oder der Ministerpräsident des Landes gekidnappt wird (s. http://www.focus.de/politik/ausland/wo-ist-ali-seidan-libyscher-ministerpraesident-entfuehrt-aid_1125236.html).

Nach Angaben von Amnesty International bedroht die "zunehmende Einschränkung der Meinungsfreiheit" auch andere Bürgerrechte, die sich die Libyer erhofften. [s. <http://www.amnestyusa.org/news/news-item/libya-three-years-on-gaddafi-era-laws-used-to-clamp-down-on-free-expression>]. Ein repressives Gesetz aus der Gaddafi-Ära wird benutzt, um jede Kritik an Offiziellen oder am Interimsparlament, dem Allgemeinen Nationalkongress,

zu kriminalisieren. Der Journalist Amara al-Khattabi wurde angeklagt, weil er korrupte Richter entlarvt hatte. Satellitenfernsehsender, welche die Regierung kritisiert hatten, wurden verboten; ein Sender wurde sogar mit Mörsern angegriffen, und Journalisten wurden ermordet.

Die Menschenrechtsverletzungen begannen bereits in den Tumulten nach der Eliminierung Gaddafis, wurden aber vom Westen ignoriert. Seit dem Ende seiner Diktatur werden schwarze Libyer verfolgt, weil sie als treue Anhänger Gaddafis gelten.

In einem Akt willkürlicher kollektiver Bestrafung wurden 35.000 Menschen aus Tawergha vertrieben, als Vergeltung für die brutale Belagerung der Gaddafi feindlich gesinnten Festung Misrata [s. <http://www.theguardian.com/world/2011/mar/23/libya-allied-air-strikes-misrata>]. Die Stadt Tawergha wurde in Trümmer gelegt, und ihre Einwohner vegetieren nach Feststellungen von Menschenrechtsorganisationen unter "beklagenswerten Bedingungen" in einem Flüchtlingslager bei Tripolis.

Solche erzwungenen Vertreibungen gab es auch noch andernorts. Tausende wurden willkürlich ohne Anklage und Gerichtsverfahren eingesperrt; Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Zeugen werden angegriffen oder sogar getötet. Abdulaziz Al-Hassadi, der erste Generalstaatsanwalt Libyens nach Gaddafis Sturz, wurde letzten Monat in der Stadt Derna ermordet [s. <http://english.alarabiya.net/en/News/middle-east/2014/02/09/Libyan-former-prosecutor-general-shot-dead.html>].

Die Milizen, die das Machtvakuum nach Gaddafi füllten, stellen die größte Bedrohung für die Menschenrechte und die Sicherheit der Libyer dar. "Weil Libyen von der internationalen Gemeinschaft aufs Abstellgleis geschoben wurde, droht es im Chaos zu versinken," warnte Human Rights Watch [s. <http://www.hrw.org/news/2014/03/07/libya-government-institutions-risk-collapse>]. In einem Versuch, die Milizen in die staatlichen Strukturen einzubinden, bezahlt die schwache Zentralregierung 160.000 Mitgliedern der häufig gewalttätigen Banden 1.000 Dollar pro Monat – in der Hoffnung, dass sie dafür Ordnung schaffen.

Als Einwohner Bengasis – also Menschen aus dem Zentrum der Revolution – im Juni letzten Jahres gegen die Herrschaft der Milizen protestierten, wurden am "Schwarzen Samstag" 32 von ihnen einfach umgebracht. Bei einem weiteren Protest im November letzten Jahres in Tripolis wurden 46 Menschen getötet und 500 verletzt.

Unter der Terrorherrschaft der Milizen beginnt sich Libyen aufzulösen. Letzten Sommer haben Banden unter dem Befehl des Kriegsherrn Ibrahim Jadran die Kontrolle über die Ölterminals im Osten übernommen [s. <http://www.theguardian.com/world/2014/mar/16/libya-partition-looms-fight-oil-tanker>] und Autonomie und mehr Geld für die Kyrenaika (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Kyrenaika>), den lange vernachlässigten ölfreien Osten des Landes, gefordert. Die Ölexporte sind von rund 1,5 Millionen Barrel pro Tag auf unter 500.000 abgesunken, und das Land hat dadurch schon Milliardenverluste erlitten. Jadran wurde anfangs nur vom Stamm Magharba (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Libyan_people) unterstützt, inzwischen haben sich aber auch noch andere ethnische Gruppen seinem Kampf angeschlossen.

Jadrans Milizen haben in diesem Monat einen Öltanker gekapert; der libysche Ministerpräsident drohte, das Schiff zu bombardieren; inzwischen wurde es aber von der U.S. Navy geentert (s. <http://www.stern.de/politik/ausland/us-marine-bringt-libyschen-oeltanker-vor-zypern-auf-2097042.html>). In Jadrans Heimatstadt Ajdabiya sind Unruhen ausgebrochen. Alptraumhafte irakische Zustände heraufbeschwörend, ist letzte Woche auf einer Militärbasis bei Bengasi eine Autobombe explodiert und hat mindestens acht Soldaten getötet,

und am Freitag musste der wichtigste Flughafen Libyens geschlossen werden, weil auf seiner Startbahn eine Bombe hochging.

Zu den großen Perversitäten, die als direkte Folge aus dem so genannten Krieg gegen den Terror hervorgegangen sind, gehört auch das Erstarren der fundamentalistischen Islamisten. Libyen macht da keine Ausnahme, wenngleich diese Gruppierungen nur wenig Unterstützung aus der Bevölkerung erhalten. Die Muslimbruderschaft und ihr nahestehende Elemente sind allerdings besser organisiert als viele ihrer Rivalen; deshalb können sie den Ministerpräsidenten entführen, Gesetze durchdrücken und Bündnisse mit opportunistischen Milizen schließen.

Unglücklicherweise greift das Chaos auch auf die Nachbarstaaten über. In Libyen kursieren bis zu 15 Millionen Gewehre und andere Waffen; nach einem kürzlich veröffentlichten Bericht einer UN-Expertenkommission [s. <http://www.reuters.com/article/2014/03/10/us-libya-crisis-un-idUSBREA291OV20140310>] ist "Libyen zu einer Hauptquelle für illegale Waffen geworden". Diese Waffen stiften Unruhe in 14 weiteren Staaten, darunter Somalia, die Zentralafrikanische Republik, Nigeria und Niger. Bei der Lieferung libyscher Waffen nach Syrien ist Katar behilflich, damit die islamistischen Fundamentalisten mit in Russland hergestellten und von Gaddafi gekauften Waffen auch dieses Land verwüsten können.

Mit allen Anzeichen einer späteren Ausweitung dieses Einsatzes wurde eine kleine Gruppe von US-Soldaten zur Ausbildung libyscher Regierungstruppen nach Tripolis entsandt (s. <http://www.20min.ch/ausland/news/story/15438035>). Das deutet kaum auf eine stabile Zukunft Libyens hin, auch wenn das zerstrittene Land derzeit nur selten in die Schlagzeilen gerät. Dafür gibt es viel zu viele Bruchlinien: ethnische, aus der Stammeszugehörigkeit erwachsende, regionale oder politische. Die meisten Libyer konnten sich noch nicht einmal für die kommenden Wahlen registrieren lassen.

Die Gefahr, dass es in Libyen zu einem Bürgerkrieg und zur Aufsplitterung des Landes kommt, ist sehr groß. Wenn es nicht gelingt, seine vielfältigen Probleme durch Verhandlungen zu lösen, wird der Zerfall Libyens nicht aufzuhalten sein, und der könnte die ganze Region mit in den Abgrund reißen.

Wundert es jemand, dass die westlichen Regierungen und Journalisten, die den Erfolg der (völkerrechtswidrigen) Intervention in Libyen so bejubelt haben, jetzt so still geworden sind? Weil die heutigen Zustände (in Libyen) aber die Folgen ihres (völkerrechtswidrigen Angriffs-)krieges sind, müssen sie auch die Verantwortung dafür übernehmen (und für die Beseitigung der Folgen aufkommen).

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern waren bereits im Original enthalten, das wir anschließend abdrucken. Wer sich nicht mehr so genau daran erinnert, was in Libyen eigentlich abgelaufen ist, kann sein Gedächtnis mit Hilfe der nachfolgend verlinkten LUFT-POST-Ausgaben etwas auffrischen:

http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP06311_080411.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP13411_210811.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP13711_230811.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP13911_250811.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP14111_270811.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP14211_280811.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP17611_101011.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP20111_051111.pdf)

From Iraq to Libya: who picks up tab when the west's intervention leaves a nation shattered?

Who could object to the removal of Colonel Gaddafi? But what has happened since shames western interventionists

Owen Jones

24 March 2014.

It's called the pottery store rule: "you break it, you own it". But it doesn't just apply to pots and mugs, but to nations. In the build-up to the catastrophic invasion of Iraq, it was invoked by Colin Powell, then US secretary of state. "You are going to be the proud owner of 25 million people," he reportedly told George W Bush. "You will own all their hopes, aspirations and problems."

But while many of these military interventions have left nations shattered, western governments have resembled the customer who walks away whistling, hoping no one has noticed the mess left behind. Our media have been all too complicit in allowing them to leave the scene.

Libya is a striking example. The UN-authorised air campaign in 2011 is often lauded as a shining example of successful foreign intervention. Sure, the initial mandate – which was simply to protect civilians – was exceeded by nations who had only recently been selling arms to Muammar Gaddafi, and the bombing evolved into regime-change despite Russia's protests. But with a murderous thug ejected from power, who could object?

Today's Libya is overrun by militias and faces a deteriorating human rights situation, mounting chaos that is infecting other countries, growing internal splits, and even the threat of civil war. Only occasionally does this growing crisis creep into the headlines: like when an oil tanker is seized by rebellious militia; or when a British oil worker is shot dead while having a picnic; or when the country's prime minister is kidnapped.

According to Amnesty International, the "mounting curbs on freedom of expression are threatening the rights Libyans sought to gain". A repressive Gaddafi-era law has been amended to criminalise any insults to officials or the general national congress (the interim parliament). One journalist, Amara al-Khattabi, was put on trial for alleging corruption among judges. Satellite television stations deemed critical of the authorities have been banned, one station has been attacked with rocket-propelled grenades, and journalists have been assassinated.

Some human rights abuses began in the tumultuous days that followed Gaddafi's removal, and were ignored by the west. Ever since the fall of his dictatorship, there have been stories of black Libyans being treated en masse as Gaddafi loyalists and attacked.

In a savage act of collective punishment, 35,000 people were driven out of Tawergha in retaliation for the brutal siege of the anti-Gaddafi stronghold of Misrata. The town was trashed and its inhabitants have been left in what human rights organisations are calling "deplorable conditions" in a Tripoli refugee camp.

Such forced removals continue elsewhere. Thousands have been arbitrarily detained without any pretence of due process; and judges, prosecutors, lawyers and witnesses have been attacked or even killed. Libya's first post-Gaddafi prosecutor general, Abdulaziz Al-Hassadi, was assassinated in the town of Derna last month.

But it is the militias that filled the post-Gaddafi vacuum who represent the greatest threat to Libyans' human rights and security. "Libya has been sitting on the international community's back burner as the country has slipped into near chaos," warns Human Rights Watch. In an attempt to integrate militias into the state machinery, the weak central government pays 160,000 members of these often violent gangs \$1,000 a month and charges them with upholding authority.

When residents of Benghazi – the heartland of the revolution – protested against militia rule in June last year, 32 people were killed in what became known as "Black Saturday". In another protest in Tripoli last November, 46 died and 500 were injured.

Under militia rule, Libya is beginning to disintegrate. Last summer forces under the command of the warlord Ibrahim Jadran took control of eastern oil terminals, demanding autonomy and more resources for Cyrenaica, the long-neglected oil-rich east of the country. Oil exports collapsed from about 1.5m barrels a day to fewer than 500,000, costing the country billions of dollars. Although Jadran's forces initially only drew support from the Magharba people, other ethnic groups have now joined his struggle.

It is these forces which hijacked a oil tanker this month, prompting threats from Libya's prime minister that it would be bombed until US forces captured it this weekend. Clashes have broken out in Jadran's home town of Ajdabiya. In painful echoes of Iraq's nightmare, a car bomb exploded at a Benghazi military base last week and killed at least eight soldiers, and Libya's main airport was shut on Friday after a bomb exploded on its runway.

One of the great perversities of the so-called war on terror is that fundamentalist Islamist forces have flourished as a direct consequence of it. Libya is no exception, even though such movements often have little popular support. The Muslim Brotherhood and other elements are better organised than many of their rivals, helping to remove the prime minister, push through legislation, and establish alliances with opportunistic militias.

Ominously, Libya's chaos is spilling across the region. The country is awash with up to 15 million rifles and other weapons, and a report by the UN panel of experts this month found that "Libya has become a primary source of illicit weapons". These arms are fuelling chaos in 14 countries, including Somalia, the Central African Republic, Nigeria and Niger. Qatar is helping to deliver Libyan armaments to Syria, where Russian-made weapons bought by Gaddafi's regime are being given to fundamentalist Islamist rebels.

In what has all the hallmarks of mission creep, a small number of US soldiers are being sent to Tripoli to begin training troops. But a stable future for Libya seems remote, however much the country's strife is safely hidden away from the headlines. It is dividing along every fracture line imaginable: whether it be ethnic, tribal, regional or political. Most Libyans have failed to even register for upcoming elections.

There is a real prospect of the country collapsing into civil war or even breaking up. Unless there are negotiated settlements to its multiple problems, Libya will surely continue its descent into mayhem, and the region could be dragged into the mire with it.

No wonder western governments and journalists who hailed the success of this intervention are so silent. But here are the consequences of their war, and they must take responsibility for them.